

Jede zusätzliche Person der Staatsverwaltung muss auch verwaltet werden!

Arbeitskreis „Staatsfinanz“ spricht mit Finanzministerium

Die Steuereinnahmen sprudeln und eröffnen Spielräume für die Stärkung des öffentlichen Dienstes. Diesen Weg will der Freistaat Bayern konsequent gehen. Schon in den letzten Nachtragshaushalten waren Stellenmehrungen enthalten – insbesondere in den Bereichen Polizei und Schule. Immerhin wurden in der Summe auch 100 zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen (LfF) ausgewiesen. Die bfg hat es verstanden, den Abgeordneten deutlich zu machen, dass staatliches Personal auch verwaltet werden muss. Zuständig dafür ist das LfF, das personell aber auf dem letzten Loch pfeift. Die Botschaft ist angekommen! Alles paletti, oder? Der Arbeitskreis „Staatsfinanz“ in der bfg sieht das etwas anders. Es liegt trotz der jüngsten Erfolge doch noch einiges im Argen beim LfF, und deshalb traf man sich Ende Oktober mit maßgeblichen Vertretern des Finanzministeriums zum Gespräch.

Dazu brachte Referatsleiter Dr. Arnd Weißgerber neben seinen Fachmann für Personalfragen beim LfF, Albert Maier, Dr. Mathias Huber mit, der das Referat für Verwaltungsorganisation leitet. Das war gut so. Denn Organisationsänderungen schlagen direkt auf das Personal durch. Manchmal anders, als erwartet. So war man sich völlig einig, dass die allzu optimistische Annahme, dass durch die papierlose Sachbearbeitung im Beihilfebereich (PSB) Personal eingespart werden könnte, längst widerlegt ist. Das wird durch die anstehende 2. Stufe noch verschärft werden. Der Einsatz eines maschinellen Prüfprogramms wird – zumindest anfangs – mit erheblichem Mehraufwand einhergehen. Der Gewinn – davon ist die bfg überzeugt – liegt nicht in Einsparwirkungen beim Personal, sondern in solchen durch Steigerung der Qualität. Und das wirkt sich bei der Beihilfe in Heller und Pfennig im Staatssäckel aus.



Übrige Arbeitsbereiche leiden unter Aushilfsaktionen für die Beihilfe

Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Stellenmehrungen auch helfen, die ständigen Aushilfsaktionen zugunsten der Beihilfe zu vermeiden. Zuletzt war das nach Ansicht der bfg etwas aus dem Ruder gelaufen. Das wollten die Vertreter des Finanzministeriums nicht bestreiten, verwiesen aber auf den enormen politischen Druck, was die Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe angeht. Man war sich aber einig, dass das keine Dauerlösung sein könne. Insbesondere, weil dadurch Serviceleistungen in anderen Bereichen auf der Strecke bleiben. Der Leiter des Arbeitskreises, der stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Werwein, erinnerte an die unbefriedigende Situation bei den Versorgungsauskünften. Bearbeitungszeiten von einem halben Jahr und länger seien vor Ort kaum vermittelbar, weil nicht selten Lebensentscheidungen damit verbunden seien.

Befristungen aufheben

Sorge macht, dass nach wie vor Personal auf befristeten Stellen verrechnet ist. Hier muss gemeinsam der Hebel angesetzt werden, damit eine Dauerbeschäftigung ermöglicht wird. Das geht wiederum nur über den kommenden Doppelhaushalt mithilfe der neuen Staatsregierung und des Landtags. Einig war man sich, dass es dazu künftig auch guter Kontakte zu den Freien Wählern bedürfe, insbesondere, weil dort die Finanzverwaltung bisher eher weniger im Fokus stand. Da ist jetzt zügige Aufklärungs-

arbeit gefragt, wenn die richtigen Entscheidungen fallen sollen. Und die müssen fallen! Wir können es uns schlicht nicht erlauben, eingearbeitete Scankräfte zu entlassen, weil die Befristung ausläuft, um dann andere einzustellen, die erst mühsam wieder angelernt werden müssen. Wir haben Wichtigeres zu tun! Und die Betroffenen hätten es auch nicht verdient, für ihre engagierte Arbeit für den Freistaat mit einer Entlassung belohnt zu werden.

Flexi-Tag beim LfF?

Was den Arbeitskreis brennend interessierte, war die Frage, wie es beim LfF mit dem Arbeiten von zuhause aus steht und weitergeht. Insbesondere der sogenannte Flexi-Tag, der beim Finanzministerium erfolgreich getestet wurde, wäre auch für die Beschäftigten des LfF ein reizvolles Modell. Da bräuchte man keinen ganzen Tag Urlaub mehr nehmen, wenn für 10 Minuten der Heizungsableser kommt – das könnte vermieden werden. Da arbeitet man eben an dem Tag von zuhause aus. Die Vertreter des Finanzministeriums räumten ein, dass es erheblichen gesellschaftlichen Druck für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsformen gibt, will man auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Man sei hier offen, es seien aber auch noch eine Menge Fragen zu klären. Schließlich dürfe der Dienstbetrieb nicht leiden.

Es bestand Einigkeit, dass der regelmäßige Austausch zwischen Finanzministerium und dem AK „Staatsfinanz“ der bfg für beide Seiten wertvoll ist. Deshalb wird es auch eine Fortsetzung geben.